

Unsere Kinder sollen lebensstüchtig werden, nicht kriegstüchtig!
Initiative von Eltern und Großeltern gegen die Wehrpflicht.
Nein, unsere Kinder geben wir nicht!
Für eine friedliche Zukunft unserer Kinder!

Neumünster, 25.02.2026

Wir wollen nicht, dass unsere Kinder zum Dienst an der Waffe verpflichtet werden und für deutsche Großmachtinteressen und die Profitinteressen der Rüstungsindustrie ihr Leben lassen sollen.

Wir wollen nicht, dass der Bau von Kasernen, in denen unsere Kinder gedrillt und zum Töten ausgebildet werden, Vorrang hat vor der Sanierung von Schulgebäuden, die aufgrund von jahrelangem Investitionsstau verrotten.

Wir wollen nicht, dass es für unsere Kinder immer weniger Ausbildungsplätze gibt, aber dass sie, um der „Freiwilligkeit“ nachzuhelfen, mit Gehältern geködert werden, von denen Azubis im zivilen Leben nur träumen können.

Wir wollen, dass es in den Kitas und Schulen ausreichend qualifizierte Fachkräfte gibt, die aufgrund guter Arbeitsbedingungen und Löhnen in die Lage versetzt werden, unseren Kindern eine gute Bildung zu ermöglichen.

Wir wollen, dass unsere Kinder in einem Land leben, das sich mit zivilen Mitteln für eine friedliche Welt stark macht. Unsere Kinder haben ein Recht auf eine sichere und friedliche Zukunftsperspektive.

Dafür treten wir gemeinsam ein!

	Name, Vorname	Stadt	E-Mail	Unterschrift
1				
2				
3				
4				
5				
6				
7				

Wer diesen Aufruf unterstützen möchte, kann sich mit den entsprechenden Angaben auch an info@friedensforum-neumuenster.de wenden. Christof Ostheimer, Fohlenweg 14, 24539 Neumünster

Und das ist der Hintergrund:

Im Dezember 2025 hat der Deutsche Bundestag das Wehrdienst Modernisierungsgesetz beschlossen, das zum 1. Januar 2026 in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz schafft die rechtliche Grundlage für einen verpflichtenden Wehrdienst auch jenseits des Spannungs- oder Verteidigungsfalls (vgl. § 2a). Die Bundesregierung wird damit ermächtigt anzuordnen, dass Wehrpflichtige zum Grundwehrdienst einberufen werden, wenn die verteidigungspolitische Lage eine schnellen Vergrößerung des Personals der Streitkräfte zwingend erfordert, das auf freiwilliger Grundlage nicht erreichbar ist. Dass der Grundwehrdienst zunächst freiwillig bleiben soll, ist nur zur Beruhigung gedacht, um den Widerstand gegen die Wehrpflicht klein zu halten.

Die Notwendigkeit einer Reform des Wehrdienstes wird im Gesetz mit einer Verschärfung der **Bedrohungslage in Europa seit dem russischen Angriff auf die Ukraine** begründet. Russland schaffe derzeit die personellen und materiellen Voraussetzungen, um in absehbarer Zeit das Territorium eines NATO-Mitgliedstaats angreifen zu können.

Für die Fähigkeit, einen solchen Angriff abzuwehren, benötige die Bundeswehr rund **230.000 aktive Soldaten** (derzeit 180.000) **sowie 260.000 und Reservisten**. Ohne drastische Zwangsmaßnahmen ist eine Umsetzung so ambitionierter Personalziele völlig undenkbar.

Aktuell beschränken sich die Zwangsmaßnahmen darauf, dass volljährige Männer ab dem Geburtsjahrgang 2008 zum Ausfüllen eines Online-Fragebogens sowie zur Abgabe einer Bereitschaftserklärung (für den Dienst in der Bundeswehr) verpflichtet werden. Im Zuge der Wehrerfassung wird die Bundeswehr eine **Datenbank** mit Informationen von allen jungen Männern aufbauen, um sie im Kriegsfall mobilisieren zu können. **Ab 2027 soll eine verpflichtende Musterung erfolgen.** Es ist absehbar, dass auch junge Frauen davon nicht verschont bleiben.

Die **Bundesregierung begründet die Wiedereinführung der Wehrpflicht mit der Bedrohung durch Russland.** Damit wird in einer grundlegenden politischen Richtungsentscheidung unser europäischer Nachbar Russland zum „ewigen Aggressor“ erklärt. Aber erinnern wir uns: in zwei Weltkriegen war Deutschland der Aggressor, der Russland angegriffen hat und nicht umgekehrt!

Fakt ist: Die europäischen Mitglieder der NATO übertreffen Russland bezüglich der Wirtschaftsleistung, der Bevölkerungszahl und der Militärmacht bei weitem.

Wir sagen: der Sicherheit der Bevölkerung ist viel eher mit europaweiter Abrüstung, Entspannungspolitik und friedlicher Konfliktlösung gedient, als mit milliardenschwerer Hochrüstung und Kriegsvorbereitungen.

Das „**Neue Zeitalter deutscher Großmachtspolitik**“ (F. Merz) mit der Ambition Atommacht zu werden, führt zu Demokratie- und Sozialabbau und erhöht das **Risiko eines großen Krieges**. Wir sagen nein! Wir lassen nicht zu, dass unsere Kinder in einen kriegerischen Konfrontationskurs hineingezwungen werden. Es reicht, was mitten in Europa bereits an Zerstörung angerichtet wurde. **Wir fühlen mit den Müttern und Vätern in der Ukraine und in Russland**, die ihre Kinder nicht vor Tod und Not bewahren konnten.

Am 5. März 2026 findet der 2. bundesweite Schülerstreik gegen die Wehrpflicht statt. **Wir unterstützen unsere Kinder, wenn sie am 5. März (10 Uhr ab Bahnhofvorplatz) gegen die Wehrpflicht durch Neumünster demonstrieren.** Für diesen Unterstützungsaufruf werden Mütter, Väter, Großmütter und Großväter als Unterstützer gesucht, um ihn über die Medien zu verbreiten und beim Schülerstreik am 5. März zu verteilen.

Weitere Aktionen sind möglich und durchaus wünschenswert. www.friedensforum-neumuenster.de

